

Neue Anti-Euro-Partei: „Alternative für Deutschland“



Kritiker der

Eurorettungs-Politik bereiten die Gründung einer Partei mit dem Namen „Alternative für Deutschland“ vor. Sie soll schon zur Bundestagswahl in diesem September antreten, spätestens aber zur Europawahl im Juni 2014. Gründer sind der Ökonom Bernd Lucke, der Publizist und ehemalige FAZ-Redakteur Konrad Adam und Alexander Gauland, der unter dem früheren hessischen Ministerpräsidenten Walter Wallmann (CDU) Chef der hessischen Staatskanzlei war.

Das Personal der Initiatoren und der Unterstützer spricht dafür, dass sie Chancen im bürgerlichen Milieu haben. Zu den Unterstützern gehören überproportional viele liberale und konservative Professoren, die Lehrstühle für Volkswirtschaft innehaben oder hatten. Darunter sind bekanntere Namen wie Stefan Homburg und Charles Blankart. Sie lehren in Hannover und Berlin öffentliche Finanzen. Dazu gesellen sich Joachim Starbatty, Wilhelm Hankel, Karl Albrecht Schachtschneider und Dieter Spethmann... ([Fortsetzung in FAZ](#) / Auf dem Foto v.l.n.r.: Unterstützer Bernd Lucke, Hans-Olaf Henkel, Stefan Homburg und Joachim Starbatty)

Allahs ungeliebte Kinder

☒ Nur noch wenige Tage, dann erscheint im HJB-Verlag das Buch [„Als Linker gegen Islamismus – Ein schwuler Lehrer zeigt Courage“](#) des Gymnasiallehrers Dr. Daniel Krause. Als erstes Mainstream-Medium hat nun auch der Ruhrgebietsender „Radio 91.2“ ein knapp zweiminütiges [Studiointerview mit Krause](#) geführt. Krause spricht in diesem Interview vom „Kulturkampf“, insbesondere mit Hinblick auf den Schwulenhass vieler muslimischer Schüler. Genau von dieser Problematik handeln diejenigen Buchauszüge, die PI heute veröffentlicht. Leider darf am Ende des Interviews die obligatorische Distanzierung vor „Rechten“ nicht fehlen, sonst wäre es wohl nicht zu dem Interview gekommen.

Hier nun aber der Auszug aus dem Kapitel „Homophobie als Importware – Allahs ungeliebte Kinder“:

„Homophobie ist eine Verhaltensweise, die wir mitgebracht haben, davor dürfen wir nicht die Augen verschließen.“ Diese ehrliche Aussage ist Safer Cinar hoch anzurechnen. Das türkischstämmige Mitglied des Berliner Integrationsrates bedauerte damit im Jahr 2008 eine Gewaltserie seitens jugendlicher Migranten gegen Homosexuelle. Solche Gewalt geschieht weiterhin. Täglich werden lesbische oder schwule Paare in U-Bahnen angepöbelt oder ganze Homosexuellentreffs in Stadtparks gewaltsam heimgesucht. Meine Stadt Köln ist gespalten. Im innenstädtischen „Bermuda-Dreieck“ floriert homosexuelles Straßenleben, am dortigen Rudolfplatz glänzte Ende 2012 sogar erstmalig ein lesbisch-schwuler Weihnachtsmarkt. Doch in bestimmten rechtsrheinischen Stadtteilen trauen sich homosexuelle Paare nicht Hand in Hand vor die Tür, jeder öffentliche Kuss könnte tödlich sein. Berlin ist ähnlich „geteilt“. Schöneberg als schwules Mekka, Neukölln teils als No-Go.

Nicht nur zu Antisemitismus, sondern auch zu Homophobie unter jugendlichen Migranten existieren aussagekräftige Studien. Ich verweise noch einmal auf die holländische Erhebung, wonach 81 Prozent der türkischen und 80 Prozent der marokkanischen, jedoch nur 30 Prozent der niederländischen Jungen Homosexualität ablehnen. Die Ergebnisse einer entsprechenden deutschen Untersuchung erschienen im Jahr 2007.

– Auf einer Skala von 0 bis 4 drückten hohe Werte starke Homophobie aus. Jugendliche ohne Migrationshintergrund liegen bei 0,96 und jene mit türkischen Wurzeln bei 2,08.

– „Wenn ich wüsste, dass mein Nachbar schwul ist, würde ich lieber keinen Kontakt zu ihm haben.“ – Dieser Aussage stimmten unter den Deutschstämmigen nur 0,4 Prozent der Mädchen und 16,1 Prozent der Jungen zu. Bei den Türkischstämmigen waren es 21,1 Prozent der Mädchen und 49,5 Prozent der Jungen.

– „Wenn ich ein Kind hätte, das schwul oder lesbisch ist, hätte ich das Gefühl, in der Erziehung etwas falsch gemacht zu haben.“ Hier stimmten 5,7 Prozent der deutschen Mädchen und 26,9 Prozent der Jungen zu. Bei den türkischstämmigen Schülern waren es 59,2 Prozent der Mädchen und 69,8 Prozent der Jungen.

Islamische Homophobie befindet sich in der Offensive. Das gilt weltweit wie auch für Deutschland. Und wieder einmal überbieten sich unsere Politiker mit riskantem Appeasement. Während dem christlich-konservativen Milieu erfolgreich Einsicht abverlangt worden ist, gesteht man homophoben Muslimen gefährliche Sonderwünsche zu. Dieses belege ich im Folgenden an ungeheuerlichen Beispielen.

In Artikel 3 des Grundgesetzes heißt es: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Im April 2010 diskutierte der Rechtsausschuss des Bundestages: „Soll der Aspekt der

sexuellen Orientierung hinzugefügt werden?“ Professor Winfried Kluth von der Universität Halle-Wittenberg verneinte diese Frage per schriftlichem Gutachten: „Aus dem Blickwinkel der Migrations- und Integrationspolitik ist zu berücksichtigen, dass für gläubige Muslime, bei denen die Toleranz gegenüber der Gruppe der Lesben, Schwulen und Bisexuellen noch wenig entwickelt ist, die politisch erwünschte Integration unter ausdrücklicher Einbeziehung des Bekenntnisses zur Verfassung zusätzlich und erheblich erschwert wird.“

Mit anderen Worten: Die Rücksicht auf eine homophobe und insgesamt intolerante Subkultur sei wichtiger als die rechtliche Verankerung unserer emanzipatorischen Errungenschaften. Zugespitzt formuliert: Wir sollen bezüglich Diskriminierungen die Täter hofieren und den Schutz ihrer Opfer vernachlässigen. In letzter Konsequenz müsste man fragen, ob nicht auch der Faktor „Geschlecht“ aus dem Artikel gestrichen werden müsste, denn auch dieser könnte Migranten abschrecken. Und streichen wir zudem noch den Faktor „Glauben“ – so machen wir muslimischen Judenhassern die Verfassung noch schmackhafter.

Die Selbstmordrate unter homosexuellen Jugendlichen ist Studien zufolge viermal höher als bei heterosexuellen Gleichaltrigen. Depressionen und Drogensüchte kommen bei Ersteren ebenfalls häufiger vor als bei Letzteren. Mobbing durch Mitschüler in Kombination mit Homophobie – auch im Elternhaus – trägt maßgeblich hierzu bei. Es liegt nahe, dass die Selbstmordrate unter homosexuellen Jugendlichen mit muslimischer Sozialisation noch vielfach höher ist als unter lesbisch-schwulen Teenagern mit westlicher Erziehung.

Über viele Jahre hinweg engagierte ich mich ehrenamtlich in der lesbisch-schwulen Jugendarbeit. In Beratungen offenbarten sich mir unzählige Einzelschicksale, dazu eine klare Tendenz: Je religiöser die familiäre Herkunft, desto schwieriger ist ein Coming-Out, um so stärker münden Depressionen in Suizidgedanken. Dieses verwundert nicht, angesichts

fanatischer Auslegungen von Bibel und Koran, wonach Homosexualität eine schwere Krankheit oder gar Todsünde sei. Kinder von Zeugen Jehovas kamen ebenso verzweifelt in unser Beratungsbüro wie solche aus streng muslimischen Elternhäusern. Bei den Muslimen war die Situation jedoch regelmäßig am explosivsten. (...)

In ewiger Trauer gedenke ich der damals 17-jährigen Sepideh. (...) Sepideh wurde im Iran geboren und kam mit sechs Jahren nach Deutschland. Ihre Eltern waren streng gläubige Schiiten. Mit Vater, Mutter und drei Geschwistern lebte sie im Norden von Münster. Dort erwarb sie ihren Realschulabschluss. In ihrer Stufe war auch Saskia. Beider Liebe zueinander entwickelte sich im Laufe der Jahre. (...) Saskia und Sepideh kamen gemeinsam in das Büro, in welchem unser Verein ehrenamtlich Beratung für Jugendliche im Coming-Out leistete. (...)

Sepideh war einem entfernten Verwandten als Ehefrau versprochen worden. Hierfür sollte sie nach ihrem 18. Geburtstag zurück in den Iran – das hatten ihre Eltern schon lange geplant. Darum sollte sich Sepideh in Deutschland auch gar nicht erst für eine Ausbildung bewerben. Wozu finanzielle Unabhängigkeit? Schließlich war ihr nicht einmal sexuelle Selbstbestimmung gestattet. Durch Intimitäten mit deutschen Jungen hätte Sepideh ihre Eltern zur Weißglut getrieben. Und die sexuelle Beziehung zu einem Mädchen stand sowieso jenseits von Gut und Böse. (...)

Zwei Gefühle machten Sepideh wahnsinnig: Einerseits brennende Liebe zu Saskia, andererseits Todesangst. Was, wenn Eltern und Brüder ihr Geheimnis lüfteten? Würde man sie einsperren bis zum nächstmöglichen Flug in den Iran? Würde sie dort unverzüglich verheiratet werden? Wir zitterten zu dritt im Büro, die Stunden vergingen unbemerkt. Eigentlich musste Sepideh um 20 Uhr zuhause sein – doch nun war es schon halb zehn. Sepidehs Vater war leicht reizbar, bei Zuspätkommen gab es Schläge. Sepideh selbst hatte kein Handy dabei, wohl aber

Saskia. Bei ihr klingelten Sepidehs Brüder schon Sturm. (...)

Bisherige Auszüge aus dem Buch:

- » Teil 1: [Wie es zu diesem Buch kam](#)
 - » Teil 2: [Verirrungen linker Protestkultur](#)
 - » Teil 3: [Tödliche Verharmlosung](#)
-

Neues LatmaTV-Video

(mit netter Bemerkung bei Minute 6:55 / Spürnase: cruzader)



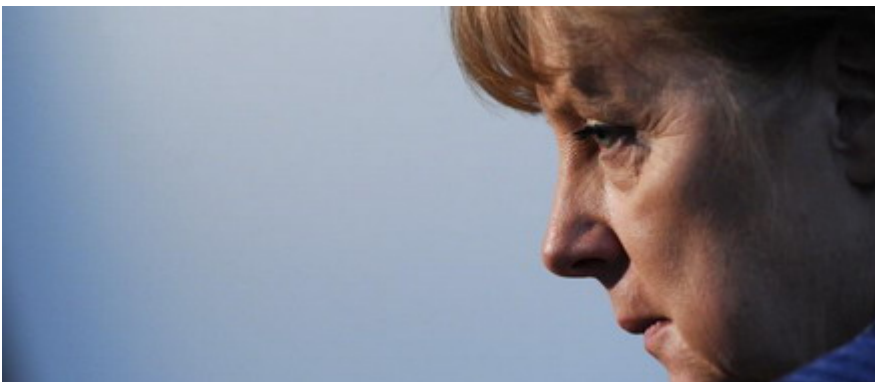
**Diese antiwestliche Türkei
gehört nicht in die EU**



Antiwestliche

Ressentiments sind in der Türkei Normalität. Der neueste antisemitische Fauxpas des Premiers Erdogan geht jedoch zu weit. Sein Doppelspiel darf der Westen nicht länger hinnehmen. ([WELT-Autor Clemens Wergin hat vollkommen Recht](#). Wann kapieren das endlich auch unsere Politiker?)

Kriminelle Kanzlerin?



CDU, SPD, Grüne und

FDP bilden de facto eine Einheitspartei, nachdem die CDU-Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel die neomarxistische Ideologie der Grünen Partei übernommen hat. Frau Merkel propagiert jetzt auch die mit der christlichen Ethik unvereinbare Homogamie und bemüht sich um den EU-Beitritt der Türkei. Ziel des Neomarxismus ist die Abschaffung Deutschlands.

(Von Dr. Hans Penner, Linkenheim-Hochstetten)

Die politischen Entscheidungen von Frau Merkel müssen in mehrfacher Hinsicht als kriminell bezeichnet werden:

– Frau Merkel strebt die Abschaffung Deutschlands als souveränen Rechtsstaat und die Eingliederung in einen europäischen Bundesstaat an. Das ist grundgesetzwidrig. Artikel 20 GG fordert zum Widerstand auf.

– Der Staatsrechtler Professor Schachtschneider hat in seinem Buch „Die Rechtswidrigkeit der Euro-Rettungspolitik“ belegt, daß Frau Merkel gegen europäisches Recht verstößt.

– Das BVerfG hat festgestellt, daß Frau Merkel politische Entscheidungen von großer Tragweite trifft, ohne das Parlament ausreichend zu informieren.

– Die ohne rationale Begründung von Frau Merkel angeordnete Vernichtung der Kernkraftwerke stellt eine rechtswidrige Zwangsenteignung dar.

– Weil Kohlendioxid kein Schadstoff ist, fehlt für die Energiewende jede rationale Begründung. Frau Merkel investiert über 1 Billion Euro, um unsere Energieversorgung zu zerstören.

– Frau Merkel hat den verfassungswidrigen Islam zum Bestandteil Deutschlands erklärt. Damit öffnet sie der Islamisierung Deutschlands Tür und Tor.

Es muß damit gerechnet werden, daß Frau Merkel auch nach der Bundestagswahl im September an der Macht bleibt und mit der SPD eine Koalitionsregierung bildet.

Nur noch die Hälfte der Bürger hält eine Wahlbeteiligung für sinnvoll. Die Gegner der oben genannten Einheitspartei sind stark zersplittert. Die Etablierung einer brauchbaren Oppositionspartei im neuen Bundestag dürfte nur dann möglich sein, wenn sich die verantwortungsbewußten Bürger zusammenschließen und die Republikaner wählen. Eine andere

Partei mit der Chance, die 5%-Hürde zu überwinden, ist nicht in Sicht.

Kulturdolmetscher jetzt auch im Knast

Neulich [hatten wir über einen](#) „Kulturdolmetscher“ in Monheim berichtet, den man dort braucht, weil ein Mohammedanerkind in der Kita versehentlich eine gute deutsche Wurst gegessen hatte. Aber auch in den Knästen mit ihren vielfachen, uns bereichernden Kulturen läuft manches schief, weshalb wir jetzt Kulturdolmetscher brauchen. Natürlich nur wegen den Moslems!

Ein eingewandertes islamisches U-Boot namens Melanie Chahrour [berichtet in der Westdeutschen](#):

In deutschen Gefängnissen sitzen immer mehr Inhaftierte mit Migrationshintergrund. Allerdings ist die Kommunikation unter den Insassen oft kaum möglich, weil unterschiedliche Sprachen und Kulturen das Verständnis erschweren. Genau hier setzt das Projekt „Knackpunkt“ der Justizvollzugsschule Wuppertal und des Caritasverbandes an. Was ist zum Beispiel zu tun, wenn Migranten mit ihren verschiedenen Kulturen und Religionen Zelle an Zelle mit Rechtsextremisten leben müssen?

Aha, Das ist das Problem! Ist es nicht so, daß die zahlenmäßig kleine deutsche Gruppe vor den Moslems geschützt werden müßte, Sie Migrantin-Journalistin? Und:

Muslimische Insassen haben bestimmte Essvorschriften, können es aber den Beamten oft nicht klarmachen, da die sprachliche Kompetenz oft nicht ausreichend ist. Vor allem

Missverständnisse wie diese bergen ein enormes Konfliktpotenzial. Deshalb will man vor allem die Verständigung auf nonverbalem Wege zwischen den verschiedenen Gruppen verbessern, da die Kommunikation meist an den Sprachkenntnissen scheitert. Doch nicht nur das: Das Projekt soll besonders die Integration der Inhaftierten aus Drittstaaten fördern. 15 Kulturdolmetscher sollen dazu in brenzligen Situationen Spezialwissen als Hilfestellung vermitteln.

Daß Mohammed das Schweinefleisch verboten hat, weiß längst jeder Deutsche, nur die türkischen Dönerläden in Berlin wissen es nicht. Und wie kommuniziert eigentlich der „Kulturdolmetscher“ auf „nonverbalem Weg“. Mit einem Tritt in den Hintern doch wohl nicht? Also was? Streicheleinheiten den ganzen Tag oder wie? Melanie, sag es uns! PI betrachtet sich auch als Kulturdolmetscher und möchte dazulernen!

Broder: fleisch-, geschlechts-, sinnlose Grüne

Wir frieren uns daheim den Arsch ab, wir gehen zu Fuß oder nehmen das Rad, wenn wir etwas von Berlin nach Leipzig transportieren wollen, denn weniger Autos sind besser als viele Autos, wir nehmen Rücksicht auf die Bilanz der Krankenkassen, und jetzt gönnen wir uns am Donnerstag einen Veggie-Burger. Bei den Katholiken war das schon immer freitags der Fall, aber da ging es ja nur um einen religiösen Brauch, nicht um „Klimaschutz und Ernährungssicherheit“. Verglichen mit den Grünen und ihrem Hang zum alltäglichen Totalitarismus, ist die katholische Kirche eine libertäre Organisation mit

Sinn für menschliche Schwächen. (Henryk M. Broder über Grüne, Linke und Piraten, [die einen Sprung in der Schüssel haben!](#))



So werden Deutsche in der Türkei gedemütigt



Der Wehrbeauftragte der Bundeswehr, Hellmut Königshaus (FDP), war mit der Regierungsdelegation Merkels in der Türkei unterwegs und hat einige Eindrücke von unserem Nato-Partner gewonnen, wie [unsere Soldaten von den Türken behandelt werden](#). Nicht nur, dass die Sanitäreinrichtungen „unter aller Sau“ sind, auch wurde eine Soldatin von einem türkischen General tätlich angegriffen, als sie den Verkehr der Delegationsautos regeln wollte. Das wird zwar verniedlichend ein „Schubser“ genannt, aber sie klagte danach über Prellungen. Scheint wohl doch etwas mehr gewesen zu sein.

(Von felixhenn)

Die türkische Armee behindert auch Kontakte zu den Deutschen und wer sich nicht an diese Vorgabe hält, wird gemäßregelt. So gehen also die Türken mit unseren Leuten um, die von Erdogan angefordert wurden. Die wurden aber auch nicht angefordert, weil es militärisch notwendig wäre, Assad hat weiß Gott ganz andere Probleme als sich mit der Türkei anzulegen. Und würde er das tun, könnte die Nato so einen Angriff innerhalb von Stunden beenden, ein amerikanischer Flugzeugträger im östlichen Mittelmeer würde genügen. Erdogan hat die Patriots aus reiner Wichtigtuerei geordert und die Armeeführung dort scheint sauer zu sein, weil sie unserer Bundeswehr nicht befehlen darf. Der typisch türkische Herrenmensch eben. Zum Glück für die Türken, sind unsere Soldaten keine moslemischen Asylbewerber, die würden sich solche sanitäre Einrichtungen in deutschen Kasernen nämlich nicht gefallen lassen.

Dazu passt auch haargenau der Vorfall von vor fünf Wochen, [über den PI berichtete](#), als Türken unsere Bundeswehrsoldaten angegriffen haben. Jetzt sollte man natürlich glauben, dass es unserer Regierung langsam dämmert und die mal Erdogan auf den Platz verweisen, der ihm zusteht. Aber weit gefehlt! Wie so ein Treffen zwischen Merkel und Erdogan aussieht, hat der [Spiegel am 25. Februar](#) recht eindrucksvoll beschrieben. Da erniedrigt sich unsere Regierung bis zur Selbstverleugnung und darüber hinaus. Die Maßregelung Friedrichs, als unser Innenminister von dem türkischen Minister Bozdag, der für Auslandstürken zuständig ist, [brüskiert wurde](#), scheint also kein Einzelfall zu sein.

Wenn Merkel Erdogan trifft, geht es dann so zu:

[...] Auch Erdogan ist schwer berechenbar. Mal ist er die personifizierte Freundlichkeit, der seine Gäste verbal umarmt und mit Wohlwollen überschüttet, mal tritt er als aggressiver Despot auf, der seine Gesprächspartner von oben herab abkanzelt. Man weiß vorher nur leider nie, für welche

Variante er sich am Ende entscheiden wird. [...]

Darauf muss man sich dann natürlich einstellen, gilt es doch dem großen Führer zu huldigen.

Wenn allerdings Erdogan so eingeschätzt wird:

[...] Zumal die Kanzlerin alles daran gesetzt hatte, dem Gastgeber ihre Wertschätzung zu demonstrieren. Am Morgen besichtigte Merkel frühchristliche Kulturdenkmäler in der Region Kappadokien. Die uralten Höhlenkirchen, in denen sich Christen schon vor den Römern versteckten, gehören zum Unesco-Weltkulturerbe. Merkel besucht bei ihren Auslandsreisen so selten touristische oder kulturelle Ziele, dass ihr Trip in die zentralanatolischen Tuffstein-Berge sofort auffiel. [...]

dann wundert einem nichts mehr. Warum sollte sich Erdogan geschmeichelt fühlen, wenn die Merkel frühchristliche Kulturdenkmäler besucht? Ist doch eh ein Wunder, dass Erdogan die noch nicht hat schleifen lassen.

Auch Merkels dröhnendes Schweigen zu Erdogans skandalösem Faschismus/Zionismus-Vergleich beim UNO-Gipfel "Allianz der Zivilisationen" in Wien ([PI berichtete](#)), der weltweit für [massive Kritik](#) gesorgt hatte, passt in die unterwürfige Haltung unserer Regierung.

Bleibt die vielbeschworene Frage, warum unsere Politiker den Türken dermaßen hörig sind. Rational ist das nicht mehr zu erklären. Während Erdogan als Herrscher nach Deutschland reist und seine Türken zusammentrommelt, um ihnen Führer-Anweisungen zu geben, buckeln unsere teuer bezahlten Volksvertreter Totalversager wann immer es möglich ist. Eine ernst zu nehmende Regierung hätte Erdogan in allen Aspekten unmissverständlich seine Grenzen aufgezeigt und zwar sofort.

Wie die Presse den WHO-Fukushima-Bericht ins Gegenteil verkehrt



Wir hatten [gestern](#)

[berichtet, daß](#) die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Fukushima keine statistisch auffallenden Krebsfälle gefunden hat. Gesundheitliche Schäden durch die Strahlung werden kaum erkennbar sein. Auch Greenpeace scheint den Bericht so verstanden zu haben, denn der Ökopropaganda-Verein ist empört, wie [eine Sprecherin verlauten](#) läßt. *Die WHO schreckt nicht davor zurück, die Auswirkungen der Atomkatastrophe von Fukushima kategorisch kleinzureden, und so weiter und so fort.* Unsere grün-bedüdelte Presse macht aber das glatte Gegenteil aus dem WHO-Bericht.

Einige Schlagzeilen:

- » NZZ: [Erhöhtes Krebsrisiko wegen Fukushima](#)
- » Süddeutsche: [Krebsrisiko bei Fukushima höher](#)
- » Neues [Deutschland: Verstrahlt in Fukushima](#)
- » WELT: Fukushima-Atomkatastrophe [lässt Krebsrisiko in Umgebung steigen](#)

Und so läuft die Desinformation Tag für Tag!



Türkei will mit Papst Islamophobie bekämpfen



In der Türkei, so Außenminister Ahmet Davutoglu (Foto l.), wünsche man sich die schnelle Wahl eines neuen Papstes und eine enge Zusammenarbeit mit den Muslimen, um gemeinsam gegen Islamophobie zu kämpfen. So ist es nach [Ansicht von Davutoglu nun](#) extrem wichtig, welche Haltung *der neue Pontifex* zu den Themen *zunehmender Rassismus in Europa* sowie *Islamophobie* einnehme. Irgendwie haben diese Türken alle einen an der Waffel, wie man gerade auch [bei Erdogan gesehen](#) hat!

» Siehe auch: [Davutoglu will osmanisches Reich wiederbeleben](#)

GB: UKIP bei Lokalwahlen auf Platz zwei



Während bei uns in „Schlummerland“ die Blockparteien weiter erfolgreich mit Hilfe des Verfassungsschutzes jede parteipolitisch organisierte Kritik an der herrschenden Europa- und Einwanderungsstaatsdoktrin unterdrücken, kommt in Großbritanniens Politik richtig etwas in Bewegung. Bei Lokalwahlen in Eastleigh, einer 117.000-Einwohner-Stadt in Südengland, konnten Nigel Farages „böse Rechtspopulisten“ von der UKIP mit 27,8% der Stimmen zur zweitstärksten Kraft aufsteigen. Während die Liberaldemokraten mit 32,1% zu Lasten der Labour-Partei (9,8%) die Stimmen der Linken und der Mitte einsammeln konnte, stürzten die Konservativen auf den dritten Platz ab und kamen nur noch auf 25,4%.

Es kann davon ausgegangen werden, dass der Absturz der Konservativen noch deutlicher ausgefallen wäre, hätte Premierminister David Cameron nicht mit der Ankündigung eines Referendums über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens für nach der nächsten Unterhauswahl die Notbremse gezogen.

Die Themen, die die Briten beschäftigen sind die Masseneinwanderung und eine anmaßende und ausufernde „EU-Diktatur“. In einer funktionierenden Demokratie kann die Politik den wirklichen Themen der Menschen nicht aus dem Weg

gehen, indem ein Blockparteienkartell diese einfach ignoriert und den Zugang für neue Parteien durch Meinungsdiskriminierung verhindert.

In diesem Sinne ist Deutschland heute keine funktionierende Demokratie mehr, sondern eine Diktatur des linken Wertesrelativismus. Zum Glück gibt es in Europa noch Länder, die es besser machen.